

Kapitel 8: International zusammenarbeiten



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 22.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-I International zusammenarbeiten

Antragstext

1 **Kapitel 8: International zusammenarbeiten**

2 **Frieden und internationale Ordnung**

3 (327) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur global lösen.
4 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler Kooperation.

5 (328) Eine an Frieden, Freiheit, Solidarität, Gewaltfreiheit, Menschenrechten und globaler
6 Gerechtigkeit orientierte Politik braucht Bündnisse all derer, die an den Wert von
7 Kooperation und die Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben – gerade
8 weil offene Gesellschaften und freiheitliche Demokratien immer stärker auch im globalen
9 Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen stehen. Deutschland und Europa
10 müssen sich selbstbewusst dieser Auseinandersetzung stellen. Multilaterale Zusammenarbeit in

11 den internationalen Organisationen bleibt die beste Form, globale Politik zu gestalten.

12 (329) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung globaler
13 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte von Einzelnen und von
14 Kollektiven schützt, Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der Allgemeinheit
15 löst.

16 (330) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte Nationen mit dem
17 Ziel einer Weltinnenpolitik. Sie sind das zentrale Forum, um völkerrechtliche Normen zu
18 entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele zu verständigen. Sie haben wichtige
19 Institutionen und Verfahren für die Vorbeugung, Beilegung und Nachsorge von Gewaltkonflikten
20 entwickelt. Die Vereinten Nationen wie auch Regionalorganisationen müssen deshalb gestärkt
21 werden.

22 (331) Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist unsere Brücke in die
23 Zivilgesellschaften der Welt. Das Netzwerk ihrer Akteur*innen schafft sichere
24 Begegnungsräume für den kulturellen Austausch, Zugang zu Bildung und Wissen und
übernimmt
25 Verantwortung auch aus unserer Geschichte heraus. Sie ist wertegeleitete Außenpolitik auf
26 individueller Ebene, die Frieden und Entwicklung, internationale Kooperation und Solidarität
27 in den Mittelpunkt stellt.

28 (332) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische Union als
29 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt, besonders im Rahmen der Vereinten
30 Nationen, bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser
31 Verantwortung kann die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen überwindet und
32 gemeinsam handelt. Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine stetige

33 Vertiefung und Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen Europäischen
34 Republik.

35 **Europäische Union**

36 (333) Die Europäische Union ist die Antwort Europas auf zwei Weltkriege und den Holocaust.
37 Sie ist Anker für Multilateralismus, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und demokratische
38 Souveränität in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union
39 auf eine wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das Projekt
40 EU immer wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren ohne Absprachen und oft
41 unsolidarisch. Gerade in Krisen aber zeigt sich, dass die EU als Gemeinschaft stärker ist
42 als jedes Land für sich allein und dass die Europäische Union mehr ist als ein Binnenmarkt.
43 Sie muss weiterhin als politisches Projekt fortentwickelt werden, welches Krisen kooperativ
44 und solidarisch bewältigt.

45 (334) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der Europäischen
46 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung, die
47 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

48 (335) Die Europäische Grundrechtecharta, freie Binnengrenzen und europäische Freizügigkeit
49 sind Meilensteine der europäischen Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen. Sie
50 müssen für alle Menschen in der EU gelten. Wenn nationale Regierungen Minderheitenrechte
51 bedrohen und Freiheiten abbauen, ist die intensive Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft
52 und pro-europäischen Kräften vor Ort umso wichtiger.

53 (336) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames strategisches
54 Bewusstsein und Handeln der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht.
55 Indem die EU mehr Souveränität und strategische Handlungsfähigkeit aufbaut, kann sie auch
56 global Demokratie schützen und den Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und
57 Finanzpolitik an Menschenrechten und Gemeinwohl orientierte Standards setzen. Das schafft
58 gemeinsame Gestaltungskraft und -macht in einer vernetzten Welt.

59 (337) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich einen großen Einfluss.
60 Daraus erwächst die Verantwortung, Globalisierung sinnvoll zu gestalten und an
61 Menschenrechten, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit orientiert zu regulieren, um Krisen zu
62 verhindern statt sie zu verstärken. Wer ökologisch, sozial, transparent und
63 menschenrechtskonform produziert, soll davon einen Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut,
64 soll negative Konsequenzen spüren.

65 (338) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche Brille
66 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen gesamt-
67 europäischen Diskurs in der europäischen Öffentlichkeit sowie eine europäische
68 Zivilgesellschaft. Dafür sind nichtkommerzielle und europäisch geförderte Kommunikations-
69 und Begegnungsräume für alle Europäer*innen notwendig – digital, über die klassischen Medien
70 und im direkten Austausch miteinander –, ebenso wie gemeinsame Organisationsformen wie
71 europäische Vereine und gemeinnützige Organisationen.

72 (339) Nicht alle EU-Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit und die fehlende Einigung
73 der EU-Staaten oder die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für
74 kollektives Nichthandeln werden. Deshalb können Mitgliedstaaten im Rahmen verstärkter

75 Zusammenarbeit nächste Schritte eher gehen als andere und in bestimmten Bereichen
gemeinsam
76 vorangehen. Dabei ist immer sicherzustellen, dass das Projekt der Europäischen Union als
77 Ganzes nicht gefährdet wird und dass alle Mitgliedstaaten sich jederzeit anschließen können.
78 So kann es in einem Bündnis der europäischen Demokratien auch gegen die nationalistischen
79 Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das europäische Einigungswerk fortzusetzen sowie
80 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

81 (340) Die EU muss weltpolitikfähig werden, um im Sinne universeller Werte und daraus
82 abgeleiteter Interessen die Regeln und Realitäten des internationalen Umfelds mitgestalten.
83 Eine geeinte Europäische Union kann in der globalisierten Welt als Akteurin wirkmächtig
84 handeln und demokratische und nachhaltig orientierte Gestaltungskraft entfalten. Die
85 Grundlage dafür bilden die Menschenrechte und die globalen Nachhaltigkeitsziele.

86 (341) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik entscheidend
87 mitzugestalten. Dabei gilt es, nationale Interessen im Lichte des europäischen Gemeinwohls
88 und der Handlungsfähigkeit der EU zu definieren und die Leitlinien der Mitgliedstaaten in
89 einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie zu bündeln. Das Prinzip der Einstimmigkeit soll
90 durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden, um die gemeinsame Außen- und
91 Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so handlungsfähiger zu werden.

92 (342) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen Verpflichtungen im
93 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der politischen
94 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen und
95 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern mitzugestalten.
96 Partnerschaften, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität mit den Regionen **in der**
97 **Nachbarschaft der EU** tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der
98 EU ist eine wichtige Säule, die auf demokratischer Solidarität und der selbstbestimmten
99 Entwicklung der osteuropäischen Nachbarn basiert. Auch die Kooperationen mit Staaten in
100 Nordafrika und dem Nahen Osten können Demokratisierung, Durchsetzung von
Menschenrechten und
101 wirtschaftliche Entwicklung stärken. Unter dieser Prämisse sollen sie ausgebaut werden. Die
102 gemeinsamen europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind im Zusammenspiel mit
103 einer starken Europäischen Union wichtige Plattformen einer multilateralen Weltordnung.

104 **Multilaterale Beziehungen**

105 (343) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der internationalen
106 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von Deutschland
und
107 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu verstärken,
108 besser zu koordinieren und die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und kohärent
109 in nationale und europäische Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der Reform
110 durch Stärkung. Das ist gerade wichtig, wenn nationale Egoismen zunehmen und wichtige
111 Entscheidungen blockiert werden.

112

113 (344 neu) Partnerschaften der EU mit Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union (AU)
114 und der südostasiatischen Staatengemeinschaft (ASEAN) sollen intensiviert werden, um
115 multilaterale Kooperation, Demokratie, Menschenrechte und globale Nachhaltigkeit zu stärken.
116 Insbesondere die Afrikanische Union (AU) sollte beim Aufbau ihrer Kapazitäten gestärkt und

117 der Selbstvertretungsanspruch der afrikanischen Länder in internationalen Foren unterstützt
118 werden.

119 (344) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die Realitäten
120 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und finanzielle
121 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der Regionen im
122 Sicherheitsrat. Das Konzept der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß und mit diesem Anspruch
123 nicht vereinbar. Das Vetorecht soll langfristig abgeschafft werden und als Zwischenschritt
124 muss im Falle von schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein Veto im Sicherheitsrat
125 mit einer Begründung und einem Alternativvorschlag versehen werden. Wenn der Sicherheitsrat

126 im Falle von schwersten Menschenrechtsverletzungen anhaltend blockiert ist, soll die
127 Generalversammlung an seiner Stelle über friedens erzwingende Maßnahmen mit qualifizierter
128 Mehrheit beschließen.

129 (345) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN und als
130 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit politisch, finanziell und
131 personell gestärkt werden. Ihre Aufgabe kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung an
132 staatlichen, deutlich höheren Beiträgen und einem starken Mandat ausführen.

133 (346) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft blockiert
134 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der internationalen
135 Ordnung Vorreiter*innen und innovative Konzepte, die offen für möglichst alle Beteiligten
136 sind. Es braucht die Partnerschaft mit Demokratien und mit Demokrat*innen weltweit, um das
137 Völkerrecht zu stützen, demokratische Prozesse in der Welt zu erhalten, sowie für die Stärke
138 des Rechts statt das Recht des Stärkeren einzutreten.

139 (347) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen informelle Formate
140 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die nicht an ihnen
141 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die internationale
142 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen. Sie müssen
143 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den Wirtschafts-
144 und Sozialrat der Vereinten Nationen überführt werden.

145

146 (348) Die transatlantische Partnerschaft, die seit Jahrzehnten ein Stützpfeiler der
147 deutschen Außenpolitik gewesen ist, muss erneuert und damit gestärkt, europäisch gefasst,
148 multilateral orientiert und an klaren gemeinsamen Werten ausgerichtet werden. Dazu gehören
149 das Eintreten für Nachhaltigkeit, für Menschenrechte, für Rechtsstaat und Demokratie und für
150 internationale Solidarität. Die Zusammenarbeit soll alle staatliche wie
151 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen einbeziehen, die in ihrem Land und
152 international zu einer solchen Perspektive beitragen können. Zur Lösung der
153 Menschheitsherausforderungen braucht es auch Kooperation mit Russland und China. Diese darf

154 nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen.
155 Demokratie und Menschenrechte sind der Maßstab für die Vertiefung der Beziehungen.

156 (348) Neben der staatlichen Zusammenarbeit sind Bündnisse mit und zwischen Städten und
157 Regionen, Wirtschaftsakteur*innen sowie Zivilgesellschaften zentral. Nichtstaatliche Akteure
158 gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und multilateraler Ebene einbezogen
159 und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der globalen

160 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft müssen neue Wege entwickelt und globale
 161 Bündnispartner*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung und die
 162 Achtung der Menschenrechte voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein
 163 internationales Vorgehen gibt, kann so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der
 164 Flucht- und Migrationspolitik vorangegangen werden.

165 (349) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe
 166 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisierung auf kommunaler und
 regionaler
 167 Ebene. Politik und nicht transnationale Konzerne muss die internationalen Spielregeln für
 168 die Weltwirtschaft bestimmen.

169 (350) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, muss
 170 gewährleistet sein. Statt in regionale Nationalismen, Unabhängigkeitsbestrebungen oder
 171 gewaltsame Konflikte zu verfallen, braucht es eine Politik für nationale Minderheiten, die
 172 deren Rechte auf kulturelle und sprachliche Vielfalt stärkt sowie gleichberechtigte
 173 gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Partizipation sichert und fördert.

174 **Globale Sicherheit**

175 (351) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt Sicherheit nicht von
 176 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile Krisenprävention,
 177 soziale Sicherheit, Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die
 178 Ermächtigung marginalisierter Gesellschaftsgruppen, insbesondere auch von LSBTIQ*, eine
 179 gewaltfreie Regelung von Konflikten, Wiederaufbau, Klima- und Umweltschutz, gerechte
 180 Ressourcenverteilung und die Geltung des internationalen Rechts sind Grundlage einer
 181 nachhaltigen Friedens- und Sicherheitspolitik. Dazu gehören auch die europäische Integration
 182 und die Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit.

183 (352) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn beides schon
 184 in Gefahr ist. Konsequenterweise auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der Vorsorge
 185 viel Leid verhindern. Nachhaltige Sicherheit kann nur gemeinsam erreicht werden.
 186 Friedenslogisches Handeln muss die Interessen und Bedrohungswahrnehmungen der jeweils
 187 anderen Seiten berücksichtigen. Gespräche setzen nicht zwingend Vertrauen voraus, sondern
 188 Vertrauen entsteht durch den Abbau klischeehafter Feindbilder und eine gezielte
 189 Entspannungspolitik.

190 (353) Zivile Krisenprävention und politische Konfliktbearbeitung müssen noch stärker
 191 institutionell verankert werden. Dazu bedarf es ausreichender Analysekapazitäten,
 192 Regionalkompetenz, Wirkungsforschung, eines intensivierten Wissenstransfers zwischen
 193 Wissenschaft, Praxis und Politik und der unmittelbaren Verfügbarkeit von Personal und
 194 Material. Zivile Krisenprävention und politische Konfliktlösung haben Vorrang vor dem
 195 Einsatz militärischer Gewalt, was sich auch in der tatsächlichen institutionellen,
 196 finanziellen und personellen Ausstattung widerspiegeln muss. Wo sich multiple Krisen häufen,
 197 kommt es besonders darauf an, bei der Krisenprävention schneller besser zu werden.

198 (354) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. VN-geführte
 199 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und als solche
 200 trotz aller Defizite – gerade durch eine größere europäische Beteiligung an
 201 Blauhelmeinsätzen – zu stärken.

- 202 (355) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und das breite
203 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile Krisenprävention,
204 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige Kultur- und
205 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Sicherheitsexperten,
206 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die Stärken der
207 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie muss institutionell, personell und
208 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.
- 209 (356) Eine starke Außen- und Sicherheitspolitik ist feministisch. Die gleichberechtigte
210 Vertretung von Frauen in der internationalen Politik sowie ihre gleichberechtigte
211 Beteiligung und Mitbestimmung an diplomatischen Verhandlungen oder bei der
212 Zusammensetzung
213 sicherheits- und außenpolitischer Gremien ist dafür Maßgabe. Feministische Außenpolitik
214 folgt dem Leitbild der "menschlichen Sicherheit". Frauen und marginalisierte Gruppen sind in
215 besonderem Maße von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffen. Die migrantische
216 Perspektive ist auch in außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen zu integrieren.
- 216 (357) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher ein
217 zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dafür ist
218 ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima- und
219 Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den Folgen der
220 Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und Überschwemmungen
221 betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.
- 222 (358) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben
223 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Unser Anspruch ist es, alle Länder hier
224 einzubeziehen, insbesondere auch die neue Supermacht China. Abrüstung und
225 Rüstungskontrolle
226 bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Es bedarf eines strengen Regelwerkes zur Abrüstung
227 und zum Verbot von chemischen, biologischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen. Der
228 Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag und die Stärkung des nuklearen
229 Nichtverbreitungsvertrags gehören dazu. Dafür muss gemeinsam mit den internationalen und
230 europäischen Partnern am Ziel eines atomwaffenfreien Europas gearbeitet werden. Dazu
231 braucht
232 es ein Deutschland frei von Atomwaffen und damit ein zügiges Ende der nuklearen Teilhabe.
233 Der Anspruch ist nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.
- 232 (359) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende
233 Regime
234 und in Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von Rüstungsexporten braucht es eine
235 gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit starken Institutionen und in EU-
236 Gemeinschaftsrecht gegossene Exportkriterien. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche
237 Rüstungsexportkriterien verstoßen, müssen mit Sanktionen rechnen. Der Einsatz von
238 Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten muss streng reguliert und private
239 Militärfirmen müssen verboten werden. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer
240 Staaten müssen an die Einhaltung demokratischer, rechtstaatlicher und menschenrechtlicher
241 Kriterien geknüpft werden.
- 241 (360) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den
242 Menschen bei Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare

243 Bedrohung dar. Es ist entscheidend für Frieden und Stabilität, Autonomie in Waffensystemen
244 international verbindlich zu regulieren und ihre Anwendungen, die gegen ethische und
245 völkerrechtliche Grundsätze verstoßen, zu ächten und zu verbieten. Das gilt auch für
246 digitale Waffen wie Angriffs- und Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU
247 eine globale Führungsrolle einnehmen. Weiterentwickelte, verbindliche Regeln sollen eine
248 Militarisierung des Weltraumes verhindern.

249 (361) Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sich gegen Angriffe auf ihre
250 kritische Infrastruktur schützen. Um Angriffe über und auf das Internet zu verhindern,
251 braucht es mehr eigene Anstrengung zur Sicherung der Infrastruktur und ein internationales
252 Vertragswerk.

253 (362) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit sich. Wir
254 wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid führen kann.
255 Deshalb ist es so wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie
256 zu bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Das Konzept der Schutzverantwortung
257 („Responsibility to Protect“) verpflichtet Staaten, ihre Bevölkerung vor schwersten
258 Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. In diesen
259 Fällen können die Vereinten Nationen Zwangsmaßnahmen beschließen. Die
Schutzverantwortung
260 verpflichtet die Staatengemeinschaft gleichermaßen, ihre Instrumente für Prävention,
261 Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau kriegszerstörter Gesellschaften auszubauen.
262 Diplomatische Initiativen, Mediation und UN-Friedenseinsätze können Gewalt eindämmen und
263 Voraussetzungen für Friedensprozesse schaffen. Zentral für Frieden, Versöhnung und
264 Gerechtigkeit ist auch der Einsatz gegen die Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen.

265 (363) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel. Er kommt nur in
266 Betracht, wenn alle alternativen Möglichkeiten wie Sanktionen oder Embargos aussichtslos
267 sind. Ein Militäreinsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile
268 und militärische Fähigkeiten und unabhängige Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der
269 Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit, das heißt
270 nicht in verfassungswidrigen Koalitionen der Willigen, und in ein politisches Gesamtkonzept,
271 basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht, einzubetten. Bei Eingriffen in die
272 Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein
273 Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht wird, um
274 schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft vor
275 einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt wie
276 Handeln.

277 (364) Die Bundeswehr ist eine im Grundgesetz und in internationalen Bündnissen verankerte
278 Parlamentsarmee. Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den aktiven
279 und ehemaligen Soldat*innen und Zivilbeschäftigten sowie die Verpflichtung, sie entsprechend
280 ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell auszustatten. Der Auftrag und die
281 Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen und strategisch bedeutsamen
282 Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung. Sie ist ein notwendiges Mittel
283 staatlicher und internationaler Sicherheitspolitik. Deutschland soll sich auf seine
284 Bündnispartner verlassen können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland
285 verlassen. Die Gesamtverantwortung für den Einsatz muss begründet, Informationen über alle

286 Operationen im Einsatz den Verbündeten vollständig zugänglich sein. Direkte Einsätze im
287 Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Kriseneinsätzen der EU und der NATO.

288 (365) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger*innen in Uniform“ binden
289 die Soldat*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes. Eine
290 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Vielfalt der
291 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher sozialer
292 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von Frauen, die in der
293 Bundeswehr beschäftigt sind. Menschenfeindliche Ideologien und rechtsextremistische
294 Strukturen in der Bundeswehr müssen konsequent verfolgt und zerschlagen werden. Unsere
295 Geschichte lehrt uns, wie unersetzlich demokratische und antifaschistische Grundwerte sowie
296 Demokratiebildung gerade in einer Armee sind. Der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr im
297 Inneren ist abzulehnen.

298 (366) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer
299 Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame
300 Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus.
301 Es braucht eine parlamentarisch kontrollierte Sicherheitsunion. Anstatt immer mehr Geld in
302 nationale, militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit
303 der Streitkräfte in der EU ausgebaut, militärische Fähigkeiten gebündelt und allgemein
304 anerkannte Fähigkeitslücken geschlossen werden. Dafür braucht es eine geeignete Ausstattung,
305 den Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-
306 Kommandostruktur.

307 (367) Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muss strategisch,
308 vorausschauend, umfassend und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine
gemeinsame
309 Analysefähigkeit sowie eine Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für
310 Schritt sollen immer mehr Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit
311 getroffen werden können.

312 (368) Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der
313 Allianz bis hin zur gegenseitigen militärischen Bedrohung. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise
314 eine klare strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der EU
315 unverzichtbarer Akteur, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und der als
316 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Es braucht
317 aber eine strategische Neuausrichtung. Mit einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit und
318 Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern **wie** Großbritannien
und
319 Norwegen können europäische Werte und strategische Interessen geschlossen und
überzeugender
320 vertreten werden.

321 (369) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU.
322 Damit die Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen Wirklichkeit werden kann,
323 braucht es die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie den
324 Europarat und die OSZE, um alle europäischen Staaten einzubinden. Sie müssen gestärkt und
325 weiterentwickelt werden, um das Ziel eines tatsächlich effektiven und starken Systems
326 kollektiver Sicherheit in ganz Europa zu erreichen. Auch angesichts der nationalistischen

327 und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und die Selbstbestimmung
328 der Nachbarn Russlands untergräbt, bleibt das Ziel, auf der Basis gemeinsamer Werte diesen
329 östlichen Nachbarn Europas für eine solche Perspektive zu gewinnen.

330 **Globale Strukturpolitik**

331 (370) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche der Politik.
332 Globale Strukturpolitik muss für die sozial-ökologische Transformation einen abgestimmten,
333 vernetzten Ansatz verfolgen, der auch inländische Politikbereiche einbezieht und innere
334 Widersprüche im Regierungshandeln konsequent auszuräumt. Alle politischen Entscheidungen
335 müssen einem verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden, um friedens-,
336 menschenrechts- und klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu
337 unterlassen.

338 (371) Handlungsrahmen für das Gesamtregierungshandeln sind die Menschenrechte, die
339 Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige
340 Entwicklung. Sie sind Voraussetzung dafür, Strukturen global und nachhaltig gestalten zu
341 können. So konnten Erfolge bei der Bekämpfung von Armut und Hunger sowie beim Zugang
zum
342 Gesundheits- und Bildungssystem erreicht werden. Der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit
343 ist integraler Bestandteil einer queerfeministischen Strukturpolitik. Das Recht auf
344 Entwicklung gilt weltweit. Um die globalen Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der planetaren
345 Grenzen einzuhalten und das globale Zusammenleben möglichst krisenfest zu gestalten,
braucht
346 es eine globale sozial-ökologische Transformation.

347 (372) Internationale Zusammenarbeit, insbesondere Entwicklungspolitik mit Staaten und
348 Zivilgesellschaften in ärmeren Regionen der Welt darf nicht einseitigen migrations-,
349 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen untergeordnet werden. Internationale
350 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem Partnerschaftsprinzip,
351 auf Selbstbestimmung und hat globale Gerechtigkeit und die Sicherung globaler öffentlicher
352 Güter zum Ziel.

353 (372-2) Es besteht die gesamtgesellschaftliche Pflicht, die verheerenden Auswirkungen des
354 Kolonialismus anzuerkennen, aufzuarbeiten und sie zu beheben. Die Menschen und Staaten im
355 globalen Süden verfügen über ein enormes Innovationspotential, von dem auch Deutschland
und
356 Europa lernen können. Die internationale Zusammenarbeit ist postkolonial und antirassistisch
357 auszurichten.

358 (373) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden durch ein
359 faires und nachhaltiges Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des Kolonialismus erwächst für
360 Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung, nach innen und außen. Wertegeleitete
361 Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts- und klimapolitisch
362 kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu unterlassen.

363 (374) Es braucht eine starke öffentliche Säule der Entwicklungs- und Klimafinanzierung. Sie
364 muss eng verzahnt, wirksam ausgeweitet und an den nachhaltigen Entwicklungszielen
365 ausgerichtet werden. Dabei sind evidenzbasierte Ansätze und der ständige Austausch mit der
366 Wissenschaft unerlässlich.

367 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.
 368 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,
 369 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein. Internationale Zusagen
 370 müssen verbindlich eingehalten und die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit muss
 371 berücksichtigt werden. Auch neue Wege wie Direkthilfen an Menschen über Social-Cash-Transfer

372 sollten strukturell verankert werden. In der internationalen Klimafinanzierung stehen die
 373 Industriestaaten - auch aufgrund ihrer historischen Emissionen - gegenüber den ärmeren
 374 Ländern in der Verantwortung. Sie unterstützen bei Investitionen in Klimaschutz, bei der
 375 Anpassung an die Folgen der Klimakrise und bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten.
 376 Denn angesichts der Klimakrise ist globale Kooperation und Unterstützung unabdingbar.

377 (375) Als weltweit größte Geberin hat die EU ein großes Potential für mehr Kohärenz und
 378 Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig die Vergemeinschaftung der
 379 nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten. Eine gemeinsame europäische
 380 Entwicklungspolitik soll zu einem Kern des gemeinsamen europäischen Handelns werden.

381 (376) Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive Zivilgesellschaft und
 382 Transparenz angewiesen. Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und
 383 soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume und
 384 Gestaltungsprozesse einer kritischen Zivilgesellschaft global zu verteidigen und die
 385 Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, Indigenen und
 386 marginalisierten Gruppen, zu stärken und zu erweitern. Hierfür braucht es sichere und offene
 387 digitale Werkzeuge und Räume.

388 **Handel**

389 (377) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe an Gütern
 390 und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen, schlechte Handelsregeln tragen
 391 jedoch zu Umweltverschmutzung und Ausbeutung bei. Handel ist kein Selbstzweck, sondern
 dient

392 einem weltweit gerechten Wohlstand und damit der menschlichen Entfaltung. Er soll fair
 393 gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur Umsetzung der VN-
 394 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu
 395 konterkarieren.

396 (378) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten WTO soll für
 397 den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Dazu gehört ein globales Kartellrecht,
 398 ein transparentes Überwachungssystem des Vernetzungsgrads eines Wirtschaftsakteurs sowie
 399 gesetzlich verankerte menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen und deren
 400 Einklagbarkeit. Auch fortschrittliche bilaterale Abkommen können wichtige Schritte auf
 401 diesem Weg sein, wenn sie transparent und demokratisch zustande kommen und sich an
 globalen

402 Gemeinwohlinteressen ausrichten. Einer Untergrabung des Multilateralismus durch
 403 Großmachtspolitik treten wir entgegen.

404 (379) Handelspolitik der EU ist ein starkes Instrument, um Umwelt-, Tier- und Klimaschutz,
 405 die Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz von
 406 Arbeitnehmer*innen-Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und weltweit
 407 durchzusetzen. Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise

408 Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und
409 unterliegen einem öffentlichen Interesse. Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind
410 auszuschließen. Handelsabkommen dürfen es Staaten und der EU nicht erschweren, eigene
höhere
411 Standards in Bezug auf Klima-, Umwelt-, und Verbraucher*innenschutz festzulegen. Das
412 europäische Vorsorgeprinzip ist stets zu wahren.

413 (380) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit überlebensnotwendigen
414 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen globalen
415 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt produziert
416 werden können.

417 (381) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe, regionale
418 Wertschöpfung und regionalen Handel fördern und die Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele
419 sichern, indem sie Umwelt- und Sozialstandards sowie die Einhaltung der Menschenrechte
420 verbindlich vorschreiben. Hierfür sind Prüf- und Beschwerdeinstrumente sowie
421 Sanktionsmöglichkeiten wie Handelsbeschränkungen vorzusehen.

422 (382) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und in der
423 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit öffentlichen
424 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen
425 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.
426

427 (382 b) Eine faire Handelspolitik beruht auf Gegenseitigkeit und hilft der europäischen
428 Wirtschaft gegen unfaire Praktiken wie Dumping oder Welthandelsrecht verletzende
429 Subventionen. Sie achtet auf den Schutz sensibler Infrastruktur gegenüber Investitionen aus
430 Drittstaaten.

431 (383) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu stärken. Sie
432 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und welche sie
433 schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher ökologischer und
434 sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen und hoch subventionierte
435 Agrarprodukte nicht exportieren, die lokale Märkte zerstören. Denn formal gleiche Rechte bei
436 ungleich verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten Ergebnissen und benötigen
437 deshalb gemeinsame Steuerungsmechanismen und die Orientierung an globalen
438 Gemeinwohlinteressen.

439 (384) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt müssen frei
440 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und
441 Umweltzerstörung, auch auf See. Fairer Handel soll Standard werden. Sorgfaltspflichten
442 sollen auf nationaler wie internationaler Ebene gesetzlich verankert werden. Auch der
443 Tierschutz ist zu beachten. Das gilt für den gesamten Weg der Lieferketten und ist über
444 vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren und Sanktionsmöglichkeiten
445 herzustellen. Dabei kommt der öffentlichen Hand als weitaus größter Beschafferin eine
446 besondere Verantwortung zu. Gleichzeitig tritt die EU dafür ein, dass diese Ziele auch
447 global gelten.

448 **Finanzmärkte und Währungsordnung**

449 (385) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine schwere
 450 Wirtschaftskrise ausgelöst und weltweit für schwere Verwerfungen gesorgt. Kurzfristige,
 451 spekulative Finanzströme sollen daher reguliert, verteuert und notfalls verboten werden.
 452 Alle internationalen Kapitalströme sollten transparent sein. Auch mit Steuerumgehung und
 453 nicht gesicherten Spekulationen soll künftig kein Geld mehr verdient werden. Steuersümpfe
 454 müssen trockengelegt und internationale Steuerhinterziehung - auch mittels eines
 455 international verbindlichen Regelwerks, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von
 456 Unternehmen und Staaten setzt - muss bekämpft werden. Wo und wieviel internationale
 Konzerne
 457 an Steuern zahlen, muss öffentlich einsehbar sein.

458 (386) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite Entwicklung und
 459 gehören zu einer starken Außenwirtschaftspolitik der Europäischen Union. Eine gerechte
 460 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern - nicht nur den wohlhabenden - eine
 461 langfristige und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer Regulierung
 462 von kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von Wechselkursen.

463 (387) Nur globale öffentliche Institutionen können gegen spekulative Attacks auf Staaten
 464 und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine weltweite Kooperation der
 465 Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des Internationalen
 466 Währungsfonds (IWF). So soll Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein
 467 stabiler Rahmen gesetzt und Krisen sollen so verhindert werden. Die Europäische Zentralbank
 468 steht schon jetzt in der Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und am
 469 wenigsten entwickelte Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren und
 470 abzusichern. So hilft europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen Ländern
 471 zu vermeiden und deren Entwicklung zu fördern.

472 (388) Schulden können - wenn das Geld gut investiert wird - Entwicklung fördern und die
 473 notwendige Finanzierung für die sozial-ökologische Transformation bereitstellen.
 474 Überschuldung hingegen schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Insbesondere bremst
 sie
 475 die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung, Bildung und
 476 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss regelbasierte
 477 Verfahren schaffen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch Schuldenerlasse,
 478 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.
 479 Staateninsolvenzverfahren können sämtliche Schulden für Länder umfassen, die nicht in ihrer
 480 eigenen Währung verschuldet sind. Finanzhilfen wiederum dürfen nicht vom Abbau der
 481 Daseinsvorsorge abhängig gemacht werden.

482 (389) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der Euro soll
 483 zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame Fiskalpolitik
 484 der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen, abgesichert mit
 485 eigenen Steuerquellen. Die strategische Handlungsfähigkeit der EU soll auch durch eigene
 486 Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

487 **Migration und Flucht**

488 (390) Migration hat es in der Menschheitsgeschichte immer gegeben. Sie ist und war stets
 489 Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Austausch und
 490 Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Migration prägt und verändert seit Jahrhunderten

491 auch unsere Gesellschaft und unseren Alltag auf allen Ebenen. Die Möglichkeit zu migrieren
492 oder in der Heimat zu bleiben, darf nicht das Privileg weniger Menschen bleiben. Um globale
493 Abschottung zu beenden sind die Grundlagen zu schaffen. Unsere Demokratie ist keine, in der
494 Zugehörigkeit auf Herkunft basiert, sondern eine offene Gesellschaft, in der wir uns
495 gemeinsam darüber verständigen, wie wir zusammenleben wollen. Diskriminierungen und
496 Ausschlussmechanismen sind darin abzubauen und Rassismus wird aktiv und entschlossen
497 bekämpft. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.

498 (391) Migration ist globale Realität und braucht globale Regelungen. So stärken
499 internationale Vereinbarungen, wie der Globale Pakt für Migration die Rechte und die
500 Freiheit von Menschen, die nicht in ihrem Geburtsland leben, arbeiten oder zur Schule gehen.
501 Sie sind Grundlage für die internationale Verständigung zum rechtebasierten Umgang mit
502 Migration und soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Der gleichberechtigte Anspruch
503 von Migrant*innen zur Durchsetzung ihrer Rechte muss national und europäisch verbindlich
504 umgesetzt werden.

505 (392) Deutschland ist ein Einwanderungsland, Europa ein Kontinent der Migration. Deshalb
506 braucht es sichere Zugangswege und ein Einwanderungsgesetz, das faire und
507 diskriminierungsfreie Kriterien für Einwanderung definiert. Das schließt ein Recht auf
508 Familienleben mit ein sowie dass Menschen ihren Status wechseln und zwischen ihrem
509 Herkunftsland und dem Wohnort hin- und herreisen können. Menschen, die hier leben, sollen
510 schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen. Dafür braucht es ein modernes
511 Staatsbürgerschaftsrecht, das mehrere Staatsbürgerschaften ermöglicht.

512 (393) Menschen, die aufgrund von politischer Verfolgung, Folter, Bedrohung von Leib und
513 Leben, Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen,
514 werden durch das Asylrecht geschützt. Das international verankerte Recht, in einem anderen
515 Land Schutz zu suchen, beruht auf den Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die
516 völkerrechtlich verbindlichen Regeln, insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten
517 universell und uneingeschränkt für alle Geflüchteten. Sie sind Verpflichtung und Fundament
518 einer Welt, in der die Würde des Menschen unantastbar ist. Das individuelle Grundrecht auf
519 Asyl ist Grundpfeiler einer menschenrechtsorientierten Politik und muss unangetastet
520 bleiben. Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen,
521 braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene Asylverfahren
522 und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des gesamten Verfahrens. Der
523 Globale

523 Pakt für Flüchtlinge steht für das Bestreben, Flucht international menschenwürdig zu
524 gestalten und die Rechte der Betroffenen zu schützen. Entsprechend muss der internationale
525 Umgang mit Geflüchteten rechtebasiert weiterentwickelt werden.

526 (394) Egal wo jemand herkommt, egal wo jemand hinwill oder aus welchem Grund ein Mensch
527 in

527 Seenot ist: Menschen sind aus Lebensgefahr zu retten und an einen sicheren Ort zu bringen.
528 Dort, wo Menschen in Not sind, haben Staaten die Verantwortung, Rettungen zu koordinieren
529 und zu organisieren. Dafür braucht es ein gemeinsames EU-Seenotrettungssystem. Wer sich für
530 Menschenrechte einsetzt, ob an Land oder auf See, ist zu unterstützen und darf nicht
531 kriminalisiert werden.

532 (395) Die Klimakrise zwingt immer mehr Menschen zu Migration und Flucht, bereits bestehende
533 Konflikte werden weiter verschärft. Insbesondere der globale Süden ist davon betroffen. Ziel

534 muss sein, durch Klimaschutz, -finanzierung und -anpassung zu verhindern, dass Menschen
535 aufgrund der Klimafolgen ihre Heimat verlassen müssen. Wenn Menschen die Staatenlosigkeit
536 droht oder sie dauerhaft ihre Heimat verlieren, brauchen sie Möglichkeiten zur würdevollen,
537 frühzeitigen, selbstbestimmten und sicheren Migration. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke
538 geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus. Insbesondere
539 Staaten, die historisch wie aktuell den Großteil klimaschädlicher Gase emittieren, müssen
540 sich an einem globalen Ausgleich der Klimafolgen, Schäden und Verluste sowie der Schaffung
541 sicherer und würdevoller Migrationswege beteiligen.

542 (396) Menschen brauchen Perspektiven. Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schwebelage,
543 fortdauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss
Ausnahme

544 sein. Menschen, die dauerhaft hier leben, brauchen ein sicheres Bleiberecht. Kein Mensch ist
545 illegal, daher sollten Abschiebungen stets das letzte Mittel sein. Freiwillige Rückkehr hat
546 immer Vorrang. Haft ohne Verbrechen zur Durchsetzung der Ausreise ist ein massiver Eingriff
547 in das verfassungsrechtlich garantierte Freiheitsrecht. Abschiebungen in Kriegs- und
548 Krisengebiete verbieten sich.

549 (397) Rechtsstaatliche, zügige und geordnete Verfahren ermöglichen die Wahrnehmung der
550 menschenrechtlichen und humanitären Verantwortung der EU. Der Zugang zu individuellen
551 Asylrechtsverfahren muss in den Mitgliedsstaaten der EU gewährleistet sein. Abschottung ist
552 nicht nur inhuman, sondern führt zu Chaos. Rechtsstaatlich und europäisch kontrollierte EU-
553 Außengrenzen, eine zuverlässige Registrierung und erste Checks durch eine eigene EU-
554 Asylbehörde, humane Unterkünfte sowie ein einheitliches Asylsystem, das die Verantwortung
555 innerhalb der EU fair verteilt, sind die Grundlagen einer gemeinsamen EU-Asylpolitik.
556 Grenzen sind nur rechtsstaatlich kontrolliert, wenn Menschenrechte an diesen Grenzen
557 geschützt werden und eine Möglichkeit zur Einreise existiert.

558 (398) Nicht jede*r hat das Recht auf Asyl, aber jede*r hat das Recht auf ein
559 rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige Unterbringung
560 und Behandlung. Zugang zu unabhängiger, rechtlicher Beratung und zu
561 Widerspruchsmöglichkeiten zeichnet den Rechtsstaat aus. Ärztliche Versorgung und Zugang zu
562 Bildung muss in dieser Zeit und auch unabhängig vom Status gewährleistet sein. Ziel ist ein
563 gemeinsames EU-Asylrecht mit hohen Standards.

564 (399) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der
565 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperationen und Solidarität mit Nachbarstaaten
566 und weiteren Aufnahmeländern notwendig. Die Möglichkeit zu fliehen sowie in Deutschland und
567 Europa Schutz zu suchen, darf jedoch nicht durch Kooperationen mit Drittstaaten erschwert
568 werden und Kooperationen dürfen nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen. Besonderen
569 Schutz brauchen vulnerable Gruppen wie zum Beispiel Frauen, Kinder, LGBTIQ, alte und kranke
570 Menschen.

571 (400) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht die Menschen
572 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Politik muss sich danach ausrichten, die
573 politischen Herausforderungen global zu denken und auch lokal dafür Sorge zu tragen, globale
574 Gerechtigkeit zu stärken. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder
575 Rüstungsexportpolitik muss konsequent auf ihre sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen
576 Wirkungen in Drittstaaten überprüft werden, Korruption und Patronage unterbinden und nach

577 dem Pariser Klimaabkommen, den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen sowie den
578 Menschenrechten gestaltet sein.

579 (401) Im Zentrum unserer Asyl- und Migrationspolitik steht der Mensch in seiner Würde und
580 Freiheit. Unser Ziel ist eine Welt, in der Menschen nicht zur Flucht gezwungen werden.